

Volkswacht

Die Volkswacht erscheint wöchentlich einmal am Sonnabend.
Abonnementspreis monatlich 35 Pf., vierteljährlich 1,00 Mk., einschließlich Postlohn. In den Abholstellen monatlich 30 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,02 Mk. einschließlich Postlohn. Einzelnummer 10 Pf.

Abonnementspreis:
Die Expedition teilt die 25 Bg. für ein Jahr 3,00 Mk., die 25 Bg. für ein Halbjahr 1,50 Mk., die 10 Bg. für ein Vierteljahr 0,50 Mk. Anzeigen mit Bildbestimmung werden besonders berechnet.
Bei Wiederholung Rabatt laut Tarif.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition: **Paradiesgasse Nr. 32** **Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften** **Telephon für Redaktion und Expedition 3290**

Nr. 47 **Danzig, Sonnabend den 24. November 1917** **8. Jahrgang**

Der Krieg gegen den Krieg

Umschau

Die politischen Veränderungen, die sich in den Ländern unserer Gegner vollziehen, fordern fortgesetzt unsere gespannte Aufmerksamkeit. Zusammenfassend kann man sagen, daß die moralische Front der Gegner im Westen einstweilen noch hält, während die im Osten zusammengebrochen ist. Das ist aber nur ein Augenblicksbild. Veränderungen auf der einen wie auf der anderen Seite sind jeden Tag möglich. Man wird mit dem ungebrochenen Kriegswillen des Westens ebenso wenig als mit einem dauernden Faktor rechnen dürfen wie mit dem Friedenswillen des Ostens.

In Rußland, aus dem die Nachrichten immer noch unklar und verworren zu uns herüberdringen, scheint sich die Niederlage Kerenskis zu bestätigen. Neuer meißet wenigstens: „Am Freitag haben die Maximalisten Gatschina besetzt. Der Stab Kerenskis wurde verhaftet. Kerenski ist geflüchtet. Seine Gefangennahme wurde angeordnet. Am Sonnabend wurden die Feindseligkeiten eingestellt. In Moskau wurden die Bedingungen unterzeichnet, unter denen die sogenannte weiße Garde Kerenskis die Waffen abliefern will. Der öffentliche Wohlfahrtsausschuß wurde aufgelöst. Die Maximalisten verlangen als Bedingung für ihren Eintritt in ein sozialistisches Koalitionskabinett unter anderem die Kontrolle über die Truppen von Petersburg und Moskau und über die Arbeiter von ganz Rußland. Keratow, früherer Minister für auswärtige Angelegenheiten, der die Verträge mit den Alliierten in Sicherheit gebracht hat, hält sich verborgen. Die Maximalisten haben seine Verhaftung und Aufführung der Dokumente angeordnet.“ Weitere Mitteilungen, daß Kerenski Selbstmord verübt habe und daß der Kofalenführer Kaledin dem Großfürsten Nikolajewitsch seine Dienste und die Regentenschaft von Rußland angeboten habe, ferner daß viele Kadetten ermordet worden sind, müssen in das große Reich der Erfindungen verwiesen werden. Wie es mit dem Waffenstillstand steht, wenn die Maximalisten endgültig den Sieg errungen haben, ist noch nicht zu erkennen.

Die Proklamation, die von der bolschewistischen Regierung erlassen wurde, war ein verheißungsvoller Anfang, aber nicht mehr als das. Im amtlichen Verkehr der Regierungen erscheint sie nur als eine Zeitungsnachricht, nicht aber als amtliches Dokument. Erst wenn eine russische Regierung den Vorschlag jener Proklamation in Form einer Note durch ihre offiziellen Vertreter oder durch neutrale Vermittlung den Regierungen der kriegführenden Staaten vorgelegt haben wird, werden diese genötigt sein, ihr klares Ja oder Nein auszusprechen. So ist der Kampf um Krieg oder Frieden in Rußland immer noch nicht endgültig entschieden, obwohl es klar ist, daß die ungeheure Mehrheit des Volkes den Frieden will.

In Italien haben die Ungeheuren militärischen Erfolge der Verbündeten die Friedensbewegung fürs Erste wenigstens nicht gestärkt. Stimmen der nationalen Verteidigung haben das ganze Land ergriffen und auch auf die verstedt operierenden bürgerlichen Friedensfreunde abgefärbt. Die neue Regierung steht vorläufig unter dem Eindruck, daß das Mindestmaß militärischer Erfolge fehlt, das dazu notwendig ist, um einen ehrenvollen Frieden abzuschließen. Es wird einer gewissen Gewöhnung an den jetzt geschaffenen militärischen Zustand bedürfen, bevor sich die Friedensströmungen wieder stärker bemerkbar machen können. Vor der Hand scheinen sich ja die Italiener an der Gebirgsfront sehr tapfer zu verteidigen. Eine Nachricht aus dem Lügennest Lugano, nach der Giolitti den Auftrag hätte, mit den Mittelmächten über den Frieden zu verhandeln, wird leider verfrüht sein.

In Frankreich wird das Kabinett Clemenceau eine Regierung sein, die noch zäher, noch fanatischer den Krieg bis zum Ende predigt als alle Regierungen zuvor. Da aber die Bildung eines friedensfreundlichen Kabinetts unter den gegenwärtigen Umständen noch nicht erwartet werden kann, so kann uns der Grad der Kriegsevidenz, der in der französischen Regierung herrscht, vorläufig ziemlich gleichgültig sein, und wir können uns mit dem Worre freuen, daß es die strengen Winter sind, die kurz regieren. Clemenceau wird die inneren Gegensätze im Lande auf die Spitze treiben und die Sozialisten zu entschlosseneren Gegnern haben. Vielleicht kann sie Frankreich der Vernunft näher bringen, als sie es heute selber ahnt. Im allgemeinen bleibt es bis auf weiteres das Land, von dem für die Sache des Friedens das Allerwenigste zu erwarten ist.

Die Verlegenheiten der Entente in Frankreich und England, wo es um Lloyd George böse stürmt, sind nicht gering. Sie sind aber nicht bloß Folgen der deutschen Waffenerfolge,

sondern in mindestens dem gleichen Maße Folgen der deutschen Politik, wie sie mit dem 19. Juli eingeleitet wurde und hoffentlich in Zukunft nur noch tatkräftiger betrieben werden wird. Gegen ein Deutschland, das dem politischen Fortschritt die Bahn öffnet und den Völkern die nahe Möglichkeit eines ehrenvollen, für alle nützlichen Friedens zeigt, ist schwerer zu kämpfen als gegen eine Autokratie, die zuschlägt, um zu rauben, und feindliche Länder besetzt, um ihre Einwohner zu knechten. Die Politik des 19. Juli ist die beste moralische Waffe zur Verteidigung gegen eine ungeheure zahlenmäßige Uebermacht. Und daß die anderen Waffen deswegen nicht rosten, hat die Kriegsgeschichte dieses Vierteljahrs deutlich gezeigt.

Der Geist des Aufbruchs, gegen den nach Lord Northcliffes Meinung von Lloyd George nicht scharf genug vorgegangen wird und dem man in dem Frankreich Clemenceaus mit allen Mitteln des Polizeistaates zu Leibe gehen wird, ist eben der Geist, der nicht begreift, warum der unsinnige Krieg gegen ein Volk, das sich im Innern freiheitlich entwickeln will und das nach außen keine Eroberungspläne hegt, bis zum Weißbluten aller Völker fortgesetzt werden soll. Er ist der Geist von dem Geiste, der sich in Berlin friedlich, in Petersburg gewaltsam durchgesetzt hat und gegen den man von London und Paris aus einen nicht weniger schweren Kampf führt als gegen die deutsche Strategie.

Im allgemeinen zeigt der vierte Herbst des Weltkrieges für Deutschland eine außerordentlich günstige militärische Lage, aber noch wenig greifbare Aussichten auf einen nahen allgemeinen Frieden. Wenn die Gegner trotz ihrer militärischen Misserfolge noch immer selbst von einem Verständigungsfrieden nichts wissen wollen, so kommt das daher, daß sie bei ihrer gewaltigen zahlenmäßigen und wirtschaftlichen Ueberlegenheit noch immer nicht an die Notwendigkeit glauben, einen solchen Verständigungsfrieden abzuschließen zu müssen. Es ist aber Unfönn, zu glauben, man könne sie leichter zu einem Frieden bringen, der Land und Geld und das Eingeständnis ihrer Unterlegenheit kostet, als zu einem Verständigungsfrieden, der ihnen von alledem nichts kostet. Deutschland kann diesen Krieg nur gewinnen als Krieg gegen den Krieg.

Scheidemann über Rußland

In einer von rund 7000 Personen besuchten Versammlung sprach Scheidemann am Sonntag in Dresden u. a. auch über die russische Bewegung:

Alle Stimmungs- und Regierungswechsel, die sich in England und Frankreich vollziehen oder vorbereiten, sind von geringer Bedeutung gegenüber dem, was jetzt in Rußland geschieht. Dort entscheidet sich die Zukunft Europas Jahrzehnte, vielleicht Jahrhunderte über den Krieg hinaus. Wird Rußland in dem ungeheuren Umwälzungsprozeß, in dem es sich befindet, auf den Weg des Militärstaates gedrängt, dann können wir mit allen Plänen von allgemeiner Abrüstung und dauernden Frieden einpacken. Umgekehrt, wird Rußland eine friedliebende Demokratie und betritt Deutschland dieselbe Bahn, dann gibt es keine Macht mehr, die den Frieden des europäischen Kontinents, ja den Frieden der ganzen Welt stören könnte. Ein Zusammenprall ungeheurer militärischer Kräfte wie wir ihn jetzt erleben, ist dann undenkbar und ein friedliches Aufblühen der Völker Europas ist gesichert. Darum überstreben wir alle Anreizungspläne auf das allerentsetzlichste, den östlich gerichteten nicht weniger entschieden als den westlich gerichteten. Wir freuen uns darüber, daß die Völker Deutschlands und Oesterreich-Ungarns mit einer an Einstimmigkeit grenzenden Uebereinstimmung alle polnischen Königs- alle ausländischen Herzogs- und tschauschen Fürstenpläne so gründlich abgelehnt haben, daß an ihr Wiederauferstehen nicht zu denken ist. Wir wollen uns mit dem russischen Volk darüber verständigen, in welcher Form den Völkern der besetzten Gebiete die Freiheit gegeben werden soll, die ihnen niemand vorenthalten will. Wir fordern einen Ausgleich der Interessen, bei dem auch die Lebensinteressen Rußlands nicht nach dem Recht des augenblicklichen Siegers mißachtet werden dürfen. Denn sie mißachten diese dauernde Feindschaft zwischen Deutschland und Rußland läßt und den Krieg in Europa verewigen.

Die Vorgänge in Rußland bieten uns die Hoffnung, daß nun auch dort der Friedenswille des Volkes die Herrschaft antritt und sie dauernd behaupten wird. Vor den Bolschewiki trennt uns manches und nie werden wir glauben, daß die Methoden, die sie für richtig halten, und die für Rußland vielleicht die richtigen sind, in allen Ländern der Welt schematisch zur Anwendung gelangen sollen. Was uns aber an ihnen

verbindet, das ist die Gemeinsamkeit des sozialistischen Endziels, und das ist im besonderen der leidenschaftliche Wunsch, mit allen zweckdienlichen Mitteln auf die Beendigung des unsinnigen Völkermordens hinzuwirken. In den russischen Richtungstreit mischen wir uns nicht ein, aber die Sache des Friedens ist die Sache aller internationalen Sozialisten, aller zum Klassenbewußtsein erwachten Arbeiter in der ganzen Welt. Und zu dieser Sache stehen wir mit jedem, der das gleiche Ziel verfolgt, bis zum Neutreffen.“

In der gegen etwa nur 20 Stimmen angenommenen Entschloßung erklärte die Versammlung: „Die Versammlung begrüßt die Errungenschaften der Arbeiter in der russischen Revolution und wünscht ihnen weiteren Erfolg bei ihrer schwierigen Aufgabe. Sie versichert die russischen Klassenkämpfer ihrer Solidarität und stimmt der Forderung nach einem sofortigen Waffenstillstand zur Vorbereitung eines demokratischen Friedens zu, der sowohl für Deutschland wie für alle anderen Länder die freie wirtschaftliche Entwicklung sichert.“

Angebot eines russischen Waffenstillstandes

London, 21. November. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Ein russisches drahtloses Telegramm meldet, daß die Bolschewiki-Regierung den Oberbefehlshaber anwies, sich den feindlichen Befehlshabern mit dem Angebot eines Waffenstillstandes zwecks Eröffnung von Friedensverhandlungen zu nähern.

Russische Friedenskundgebung an die deutsche Sozialdemokratie

Der Massenversammlung in Dresden am Sonntag, in der Genosse Scheidemann sprach, ist — leider verspätet — aus Stockholm folgende Begrüßungsdepesche der bolschewistischen Auslandsvertretung zugegangen:

Die revolutionäre Bewegung Rußlands ist in einen neuen Abschnitt eingetreten. Die russischen Arbeiter und Soldaten haben die Macht aus den Händen derer gerissen, welche die Friedens- und sozialen Ziele der Revolution fallen gelassen haben. Sie haben selber die Macht an sich genommen und schlagen sofortige Verhandlungen über einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen vor auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker. In Rußland aber wie im Ausland werden sich gegen diesen Frieden der Völker die Kräfte des Kapitals aufbäumen. Es steht noch ein langer Kampf bevor, der nur durch ein gemeinsames internationales Vorgehen des Proletariats siegreich beendet werden kann. Die Vertretung der Bolschewiki im Ausland hat von den französischen, österreichischen und deutschen sozialdemokratischen Parteien und Organisationen die Zusicherung erhalten, daß das russische Proletariat auf ihre kraftvolle Unterstützung rechnen darf. Sie hat diese Nachrichten der russischen Arbeiterschaft übermittelt und übersendet allen sozialdemokratischen Arbeitern, die um den Volksfrieden kämpfen, Brudergrüße. Sie hofft, daß dem Brudernorden durch den solidarischen Kampf des internationalen Proletariats ein Ende bereitet werden möge und damit zur Verwirklichung des Sozialismus die Grundlage gelegt wird.

Aus dieser Begrüßungsdepesche geht hervor, daß der Kontakt zwischen den Bolschewiki und der deutschen Sozialdemokratie hergestellt ist. Eine gleichzeitige Depesche unseres Stockholmer Berichterstatters legt den Standpunkt der bolschewistischen Auslandsvertretung in Stockholm näher dar. Die Auslandsvertretung erklärt, als Vertreterin der revolutionären Regierung Rußlands, einer Partei, die sich auf breite Arbeitermassen stützt, nicht die Möglichkeit verweigern zu wollen, sich auf den Boden der Massenaktion für den Frieden zu stellen. Die Auslandsvertretung betrachtet sich gewissermaßen als Poststelle und legt Gewicht darauf, daß ihr Meinungsaustausch mit der deutschen Sozialdemokratie keinesfalls als Schritt zu Sonderverhandlungen, weder mit der Mehrheitspartei noch mit den Deutschen überhaupt, gebedet werden dürfe. Die eigentlichen Verhandlungen könnten nur auf einer internationalen Sozialistenkonferenz stattfinden. Die Auslandsstelle sehe im Auftreten der deutschen Mehrheitspartei ein Symptom des Druckes der Massen und sie erwarte, daß die deutsche Massenbewegung in ihrer Rückwirkung die Arbeiter der Ententeländer davon überzeugen werde, daß das deutsche Proletariat wirklich die Sache des demokratischen Friedens vertrete.

Die Stellungnahme der bolschewistischen Auslandsstelle ist klug und korrekt. Es geht heute nicht um sozialistische Richtungen, sondern es geht um den Weltfrieden, und da soll, wie hier schon unzählige Male ausgesprochen wurde, alles zusammenhalten, was sozialistisch führt und denkt.

Wahlrechtsreform in Preußen

Von Paul Hirsch, M. d. L.

Auch wer mit dieser oder jener Bestimmung der preußischen Wahlrechtsvorlage nicht einverstanden ist, oder wer das eine oder das andere daran vermist, wird der Regierung das Zeugnis nicht vorenthalten können, daß ihre Reform einen vollen Schritt mit der Vergangenheit bedeutet.

Ein gleiches Wahlrecht allerdings nur insofern, als jedem Wahlberechtigten ebenso wie es bei dem Reichstagswahlrecht der Fall ist, eine Stimme zusteht. Die völlige Gleichheit ist damit noch nicht erreicht, das wird erst dann der Fall sein, wenn Hand in Hand mit der Aenderung des Wahlgesetzes auch eine Neuerteilung der Wahlbezirke auf Grund der Einwohnerzahl einhergeht.

So sehr wir diese taktischen Erwägungen gelten lassen, so können wir doch auf die Dauer unmöglich auf eine gerechte Einteilung der Wahlbezirke verzichten. In der Vermehrung der Zahl der Abgeordneten einiger großstädtischer Wahlkreise, wie sie die Vorlage vorseht, vermögen wir kaum eine Abschlagszahlung zu erblicken, wir müssen vielmehr daran festhalten, daß, sobald die jetzige Reform unter Dach und Fach ist, dem auf Grund des neuen Wahlgesetzes gewählten Landtage eine Vorlage auf Neuerteilung der Wahlkreise unterbreitet wird.

Daß die Neuerteilung der Wahlkreise eine unbedingte Notwendigkeit ist, leuchtet von selbst ein, wenn man bedenkt, daß der jetzigen Einteilung noch immer die Volkszählung vom Jahre 1858 zugrunde liegt. Damals kam auf rund 50 000 Seelen ein Abgeordneter, heute müßte auf rund 90 000 ein Abgeordneter entfallen.

einteilung mag ein Ende gemacht werden, wenn anders in Wirklichkeit von einem gleichen Wahlrecht in Preußen die Rede sein soll. Ebenso muß gebrochen werden mit dem Zustand, daß ein Wahlkreis mehr als einen Abgeordneten ins Parlament schickt darf. Meist sind es ländliche Kreise, die, obwohl sie weniger als 100 000 Einwohner haben, doch zwei, teilweise sogar drei Vertreter im Landtag haben, so daß in Wirklichkeit die Wähler dieser Kreise ein vielfach höheres Wahlrecht besitzen, als die der städtischen Kreise, denen auch nach der neuen Vorlage erst wenn die Zahl von 250 000 Seelen überschritten ist, ein zweiter Abgeordneter zugewilligt werden soll.

Nun soll aber das auf dem Papier gleiche, in Wirklichkeit ungleiche Wahlrecht, das die Regierungsvorlage neben dem Erlass der öffentlichen durch die geheime und der indirekten durch die direkte Stimmabgabe vorsieht, erkaufte werden durch eine nicht unerhebliche Beschränkung der Zahl der Wahlberechtigten.

Das Wahlrecht, das heute, falls die sonst üblichen Voraussetzungen erfüllt sind, jedem Preußen schlichtweg zusteht, auch wenn er erst am Tage der Auslegung der Wählerlisten die preußische Staatsangehörigkeit erworben hat, soll an die Vorbedingung einer dreijährigen Zugehörigkeit zum preußischen Staate geknüpft, die Aufenthaltsdauer in der Gemeinde von 6 Monaten auf 12 Monate verlängert werden. Das bedeutet, ganz abgesehen von der Entrechtung all der Kriegsteilnehmer, die nach ihrer Entlassung von den Fahnen freiwillig oder gezwungen ihrer Wohnsitz verlegen, eine weitere Benachteiligung der großstädtischen Bevölkerung, die sich durch die wirtschaftlichen Verhältnisse oder die Wohnungsverhältnisse meist öfter als die ländliche Bevölkerung genötigt sieht, von einer Gemeinde in die andere zu ziehen. Ja sogar in Wahlkreisen, die sich aus mehreren Gemeinden zusammensetzen, würden die bis dahin Wahlberechtigten bei der Ueberfiedelung von der einen Gemeinde in die andere Gemeinde desselben Kreises ihres Wahlrechtes verlustig gehen.

Das Prinzip: „Kein Fortschritt ohne Rückschritt“ kommt auch deutlich zum Ausdruck in dem zweiten Gesetzentwurf, der eine Erweiterung der Rechte des Herrenhauses vorsieht. Es handelt sich hier um budgetrechtliche Bestimmungen verwickelter Art, die in ihrer Gesamtheit darauf hinauslaufen, dem Herrenhause einen größeren Einfluß auf die Gestaltung des Etats einzuräumen, an dem es bisher nichts ändern durfte, sondern den es nur in seiner Gesamtheit annehmen oder ablehnen konnte. Da jede Erweiterung der Macht der Ersten Kammer eine Schwächung der Macht der Zweiten Kammer bedeutet, ist es klar, warum die Regierung diese Vorlage eingebracht hat. Eine zwingende Notwendigkeit dazu lag nicht

vor, sie will die Erste Kammer, auf deren Zusammenlegung die Massen der Wähler keinen Einfluß haben, in ihrer Stellung gegenüber der Volkstammer heben und sie hofft dadurch auch manchen von denen, die sonst von einer Wahlrechtsreform nichts wissen wollen, letzten Endes doch noch dafür gewinnen zu können.

Was nun die gleichzeitig mit der Wahlrechtsreform verheißene Umänderung des Herrenhauses betrifft, so werden auch die grundsätzlichen Gegner des Dreiklassenstems bei objektiver Prüfung anerkennen müssen, daß ein auf Grund der neuen Vorlage gebildetes Herrenhaus nicht mehr ganz so vorstimmlich annimmt, wie das auf Grund der Verordnung vom 12. Oktober 1854 gebildete. Setzt sich das Herrenhaus heute aus den großjährigen Prinzen des königlichen Hauses, aus erblichen und aus auf Lebenszeit ernannten Mitgliedern zusammen, so soll es in Zukunft einen ständischen Charakter erhalten, bestimmte Berufsgruppen sollen berechtigt sein, in Wahlkurien eine gewisse Anzahl von Vertretern zu wählen. Als solche Kurien gelten z. B. für den Handel die Handelskammern, für das Handwerk die Handwerkskammern. Ausgeschlossen von einer Vertretung im Herrenhause sind nach wie vor die Arbeiter, es sei denn, daß mal ein Arbeiter aus königlichem Vertrauen berufen wird. Den Einwand, daß die Arbeiter keine geordnete Vertretung haben, da weder Arbeitskammern noch Arbeiterkammern bestehen, können wir nicht gelten lassen. Es ist ja auch ein offenes Geheimnis, daß der erste Entwurf des Ministers Drews die Wahl von Arbeitervertretern durch die Arbeitnehmerbeisitzer in den Versicherungsämtern vorsah, daß aber das Staatsministerium diesen Entwurf als zu liberal zurückgewiesen hat. So wird denn, wenn es nicht gelingt, die Vorlage in der Beziehung umzugestalten, auch das modernisierte Herrenhaus rein von Arbeitern sein, die Sachwalter des Proletariats werden auf die Volkstammer verwiesen, der Unterschied zwischen beiden Kammern tritt dadurch noch deutlicher in Erscheinung. Daß das Ernennungsrecht des Königs eine Einschränkung erfahren soll insofern, als in dieser Beziehung die Einführung eines numerus clausus vorgesehen ist, sei nur nebenher erwähnt.

Ueber die Aussichten der Reform kann man sich heute naturgemäß nur in Vermutungen ergehen. Die Mehrheit für das geheime und direkte Wahlrecht scheint gesichert zu sein, der Kampf wird in der Hauptsache um das gleiche Wahlrecht entbrennen, von dem außer den Konservativen und dem größten Teil der Freikonserverativen auch der rechte Flügel der Nationalliberalen nichts wissen will. Die Gegner des gleichen Wahlrechts werden nicht nur die Verhandlungen zu verschleppen, sondern auch die drei Vorlagen, die die Regierung als getrennte Entwürfe einbringt, miteinander zu verflochten suchen, in der Hoffnung, dadurch Zugang aus den Reihen der wirklichen Wahlrechtsfreunde zu gewinnen, die einer Vorlage, welche neben einer Reform des Wahlrechts eine Aenderung der Zusammenlegung des Herrenhauses und eine Erweiterung der Rechte dieses Hauses enthält, ihre Zustimmung verjagen werden.

Ob diese Hoffnung berechtigt ist, wird die Zukunft lehren. Sozial ist jedenfalls sicher, daß die Anhänger des Dreiklassenwahlstems kein Mittel unversucht lassen werden, um ihre in diesem System wurzelnde Macht auch in das neue Preußen hinüberzuretten. Wie weit es ihnen gelingt, das wird nicht nur von der Taktik der wahlrechtsfreundlichen Parteien abhängen, die sich zu einem geschlossenen Vorgehen zusammenfinden müssen, sondern vielleicht in noch höherem Maße von der Energie, die die Regierung für ihr eigenes Werk an den Tag legt.

Sephästos

Die Maschinen gleiten durch die Halle aus Granit und Eisenhammer dröhnen, Walzen rollen, die gestülpten Kolben stampfen, Riemen schreien, Rohre dampfen, Argewalten, feurig einfließ und schäumend, wild, vernichtungstrotz zum Himmel bäumend, dann im Kampfe mit dem kalten, Feuchten, hart geworden, aber arm an Leuchten — Argewalten, nun zum Licht gehoben, feiern rauschend und mit blauer Flut, frei in Banden, ihre Neugeburt aus dem tiefsten Schacht, dem Menschenhirn.

Henry Fords soziales Wert

Die Friedensmission des Amerikaners Henry Fords ist gescheitert. Er hat nicht einmal verhindern können, daß sein eigenes Vaterland mit in den Weltbrand hineingezogen worden ist. Aber der Ruhm, den sich der amerikanische Multimillionär vorübergehend als Friedensapostel errungen hat, den verdient er dauernd zu behalten als technischer und sozialer Reformator. Wir müßten bis jetzt von ihm, daß er der größte Automobilfabrikant der Welt sei, und daß er in seinen Werken eine Reihe interessanter sozialer Experimente durchgeführt habe. Einen näheren Einblick in diese Betriebe und diese Neuerungen vermittelt uns jetzt die Vertraute seiner pazifistischen Bestrebungen und seine Vertreterin auf der Friedensexpedition, Frau Rosita Schwimmer. Wir entnehmen einer sehr eingehenden Schilderung, die sie von dem Leben und Wirken des eigenartigen Mannes in der „Umschau“ entwirft, folgende interessante Tatsachen:

Das Charakteristische, ja vielleicht Einzigartige an Henry Fords Werk ist die Verbindung eines geradezu genialen technischen und organisatorischen Wissens und Könnens mit einem fast schrankenlosen, heinabe phantastisch anmutenden Idealismus. Der Grundsatz, den Ford in seinem Werke vermittelte hat, ist der: Tue, was fundamental für alle Menschen das Beste ist. Die ganze Menschheit ist untöschbar verbunden; man kann

nicht einem ihrer Teile ein Unrecht zufügen, ohne daß dieses rückwirkend auch die anderen Teile schädigt.

Die Ford Motor Company wurde im Jahre 1903 gegründet. Die Entwicklung der Produktion spiegelt sich in folgenden Ziffern: 1904 wurden in den Detroitwerken 1708 Automobile hergestellt, 1910 bereits 18 664. 1912 war die Ziffer auf 78 440, 1914 auf 248 302 und 1916 auf 533 121 gestiegen. Im Jahre 1917 wurden allein in den Detroitwerken 750 000 Automobile hergestellt. Dazu kommen weitere 75 000 Autos aus den ausländischen Fabriken.

Die Detroit-Anlagen weisen in jeder Beziehung gigantische Maßstäbe auf. Das Maschinenhaus ist mit seinen sieben Gasdampfmaschinen die größte individuelle Kraftstation der Welt. Es hat lauter Glaswände und ist innen so sauber gehalten, „wie ein Operationsaal“. Von den Maschinensälen enthalten einzelne bis zu 6000 Maschinen, die von Treibriemen in der Gesamtlänge von 50 Meilen angetrieben werden. Jede Abteilung liefert das fertige Produkt mit allen Einzelteilen. Durch dieses System wird eine große Ersparnis erzielt. So wurden beispielsweise im Motorensaal früher von 1100 Arbeitern bei neunstündiger Arbeitszeit 1000 Motoren hergestellt, jetzt von 550 Arbeitern bei achtfündiger Arbeitszeit 1400 Motoren. Die Herstellungszeit für einen Motor ist damit gesunken von 9 Stunden 20 Minuten auf 3 Stunden 10 Minuten.

In den großen Fertigungsräumen befindet sich eine ganz eigenartige und einzigartige Vorrichtung, die man, wenn sie nicht Taktache wäre, für ein technisches Phantasieprodukt nehmen würde. Es ist dies ein beweglicher Tragriemen, der sich durch den Saal vorwärts bewegt und zu dessen beiden Seiten Arbeiter stehen. Am Anfang werden die Grundteile des Autos auf dem Riemen niedergelegt. Jeder Arbeiter fügt dann ein Teil hinzu und am anderen Ende verläßt das fertige Auto den Saal. Alle 25 Sekunden wird auf diese Weise ein Auto ausgeworfen.

Der technischen Wunder, die alle feitherigen Erfahrungen und Berechnungen über den Haufen werfen, gibt es noch viele. Ebenso arbeitet auch der soziale Reformator Ford mit dem scheinbar Unmöglichen, dem Widersinnigen. Und doch ist sein Grundsatz dabei ein höchst vernünftiger. Er heißt: Man kann Menschen eben nicht kalkulierter behandeln als die Maschinen und den Arbeitgeber auch nur als Arbeiter betrachten. Ford verließ als 16jähriger Junge die bequeme elterliche Farm, um sich

einem jahrzehntelangen Leben voller Entbehrungen und voll übermenschlicher Arbeit in der Stadt zu widmen, während dessen er nur der Verwirklichung seiner technischen und sozialen Träume nachjagte. Die Detroitwerke allein verfügen heute über einen Stamm von 33 000 Arbeitern und Angestellten, unter denen 53 Nationalitäten und 100 Sprachen und Dialekte vertreten sind. Nach der geplanten Erweiterung der Werke werden dort 90 000 Personen beschäftigt sein. Die Jahreserzeugung wird dann die Höhe von über eine Million Autos erreichen.

Für diesen ungeheuren Stamm von Arbeitern ist Fords rücksichtslos bemüht, die günstigsten Arbeits- und Lebensbedingungen zu schaffen. Einer seiner Grundsätze ist dabei, daß kein Mensch zu dumm, zu faul, oder zu unehrlich wäre, um nicht an irgend einem Plage nützliche Arbeit schaffen zu können. Ja, er verneint direkt die Taktache, daß es überhaupt dumme, faule oder unehrliche Menschen gäbe. Er behauptet, daß alle diese Eigenschaften nur auf den Mangel an Bildung und Erziehung, oder auf Krankheit beruhen. Deshalb darf in den Fordwerken kein Arbeiter entlassen werden. Wenn ein Arbeiter mit einem Arbeiter nicht auszukommen glaubt, dann wird dieser einer anderen Abteilung überwiesen, so lange, bis er das Rechte für sich gefunden hat. Nur in ganz unregelmäßigen Fällen kann eine Entlassung nach persönlicher Rücksprache ausgesprochen werden. Ford hat bei der Anwendung dieses Systems auch die besten Erfahrungen mit entlassenen oder beurlaubten Sträflingen gemacht. Er will keinen einzigen Rückfall erlebt haben, obwohl in seinen Betrieben riesige Werte für jedermann erreichbar herunkriegen. Auch die Kranken werden bei Ford nicht ausgestoßen. Für Lungenkranke existiert eine besondere Abteilung, in der die Luft filtriert, getrocknet und erwärmt ist, so daß sie an Güte der in den besten Luftkurorten gleicht.

Im Jahre 1904 führte Ford die Gewinnbeteiligung ein. Der Gewinnanteil der Arbeiter und Angestellten ist so gestaffelt, daß die niedrigsten Löhne die höchsten Anteile erhalten. Kein Arbeiter verdient weniger als 5 Dollars (ungefähr 20 Mk.) pro Tag. In dem Jahre nach Einführung der Gewinnbeteiligung konnten 11 000 Angestellte in eine bessere Wohnung ziehen. Die Spareinlagen stiegen um 205 Prozent und die Zahl der Hauseigentümer um 99 Prozent. Das Ziel Fords ist, daß jeder Angestellte ein eigenes Haus und ein eigenes Auto haben möge.

And nicht erhalten. Wenn Leute vom Amtsweg erfahren, daß Fische verkauft werden, so ist es immer zu spät. Die Ortsämter müssen besser unterstützt werden, sonst müßten sie zusammenfallen.

Amtsleiter Lind verlangt, daß ihm Berichte gegen Verordnungen und Mißstände gemeldet werden. Die Armenkommission, die zweimal im Jahre tagt, hat die Unterstützungssätze aufgebessert. Die von Danzig gelieferten Lebensmittelarten sollten in der „Ostbahn“ abgeholt werden. Der gemeinsame Bezug mußte ausgekehrt werden, weil diese Leute abgerten, sich bei den Kaufleuten anzumelden. Im Januar werden wir mehr Lebensmittel zugewiesen erhalten. Jetzt haben wir genug Kartoffeln und Gemüse (Kartoffeln). Zucker gibt es nur auf die provinziale Lebensmittelkarte. Frische Eier es von Danzig zugewiesen. Man weiß nie vorher, wieviel und wann es welche gibt. Der Fischwagenführer weigert sich, Fische an anderen Stellen zu verkaufen. Fleisch soll es in derselben Menge geben wie in Danzig.

Genossin Pomp fordert eine strenge Ueberwachung des Milchverkaufs. Es kommt vor, daß Karrenfahrer keine Milch erhalten können, wohingegen andere Personen, die sich vielleicht Karten von solchen Personen gekauft haben, die die teure Milch nicht kaufen können, Milch erhalten. Familien mit kleinen Kindern müssen Zuschüsse gegeben werden, damit sie in die Lage kommen, Milch für ihre Kinder zu kaufen. Diese Anregung wird vom Genossen Adomat kräftig unterstützt. Amtsleiter Lind gibt die Richtigkeit der geschilderten Mißstände zu. Es wäre erwünscht, wenn Familien, die ihre Milch nicht benutzen können, zu ihm kämen. Es fehlen täglich 134 Liter Vollmilch. Er hat sich dadurch zu helfen bemüht, daß er andere Milch nach Ohra dirigierte.

Auf den Wunsch des Genossen Adomat wöchentlich 1/2 Pfund Kaffeeschrot und genügend Garn zu geben, erwidert der Landrat, daß Kaffee und Garn der öffentlichen Bewirtschaftung nicht unterliegen und die Behörden auf die Abgabe keinen Einfluß haben.

Genosse Walz macht längere Ausführungen über die Notwendigkeit einer besseren Kontrolle und deren Ausübung durch Arbeiter, wie es in Danzig der Fall ist. Diese Einrichtung hat sich gut bewährt.

Landrat v. Unger und Amtsleiter Lind versprochen sich davon nicht viel. Der letztere nahm Bezug auf die am 16. April in der Ostbahn gewählte unabhängige Kommission von sechs Herren, die jetzt nichts mehr von sich hören lassen. Adomat und Kleinichmidt arbeiten mit. Er hat nichts dagegen, wenn zu diesen beiden noch weitere Genossen gewählt werden. Nachdem nach Genosse Behl die Notwendigkeit der Arbeiterkontrolle nachgewiesen hat, wurden die Genossen Walz und Schmidt gewählt. Eine Resolution, die eine bessere Versorgung mit Lebensmitteln und Brenn- und Leuchtstoff verlangt und hervorhebt, daß es bei Verprechungen nicht bleiben, sondern diese auch gehalten und durchgeführt werden müssen, wurde einstimmig angenommen. Nach einem kurzen Schlußwort des Vorsitzenden Adomat,

in dem er die demnach Zusicherungen hervorhebt, die eine baldige Besserung der Ernährungsfrage erwarten lassen, hatte diese sehr notwendige Aussprache mit den Behörden ihr Ende erreicht.

Unzulässiger Handel mit Schweinen in Ohra.
Der Händler Johann Benzel in Ohra hatte sich vor dem Schöffengericht wegen unerlaubten Handels mit Ferkeln und Ueberschreitung der Höchstpreise zu verantworten. Er kaufte Ferkel auf, ohne dazu die erforderliche Genehmigung des Provinzialtierverbandes zu besitzen. Dabei soll er auch die Höchstpreise überschritten haben. Das Gericht sah die Höchstpreisüberschreitung nicht für erwiesen an und verurteilte ihn nur wegen unberechtigten Aufkaufens zu 50 Mark Geldstrafe.

Elbing. Die Elbinger Parteiorganisation nahm am Donnerstag den 15. November Stellung zum Würzburger Parteitag. Nach einem Referat des Genossen Gehl, das sich mit dem in Danzig gehaltenen deckt und ausgiebige Aussprache, an der sich die Genossen Perschke, Lange, Paschabel, Rubnigt, Peter und Zick beteiligten, die sich ohne Ausnahme auf den Boden der Beschlüsse des Würzburger Parteitages stellten, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins Elbing stimmt den Beschlüssen des Würzburger Parteitages zu. Sie protestiert auf das entschiedenste gegen den Plan, das besetzte Gebiet im Osten in mehr oder weniger verschleierte Form zu annektieren und fordert die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion auf, die Regierung wegen dieser Angelegenheit sofort nach dem Zusammentritt des Reichstags zu interpellieren und ihr Verhalten zur Regierung von dem Inhalt der Erklärungen abhängig zu machen, die diese hierzu gibt.“

Mit diesem Beschluß haben unsere Elbinger Genossen keinen Zweifel mehr gelassen über ihre Stellung zur Gesamtpartei. Alle Versuche der anderen Seite, Elbing „unabhängig“ zu machen, sind nunmehr endgültig als gescheitert zu betrachten. Die Organisation ist völlig intakt und nimmt ständig an Mitglieder und Abonnenten der „Volkswacht“ zu.

Die Stadtverordnetenwahlen finden Montag den 26. November statt. Sie werden im Zeichen des Burgfriedens stattfinden. Für die Sozialdemokratie kandidieren die Genossen: Fr. Knebel, Otto Peter, Ferd. Kuhn, Joh. Kowalski, Karl Lange, Karl Braun und Hermann Schottke.

Nach einem Schlußwort des Genossen Finsel und der Aufforderung, recht rege für die Wahl der sozialdemokratischen Kandidaten einzutreten, erfolgte Schluß der sehr anregend verlaufenen Versammlung.

Elbing, 14. November. Polizeibeamter als Sittlichkeitsverbrecher. Wegen Sittlichkeitsverbrechens verhandelte Dienstag das Elbinger Schöffengericht in neunstündiger Verhandlung gegen den Polizeifergeanten Gustav Janzen und den Wagenbauer Erwin Martin aus Elbing, beide in Untersuchungshaft. Es waren 18 Zeugen und 5 ärztliche Sachverständige, unter diesen die Herren Kreisarzt, Medizinalrat Dr. Steger-Elbing und Professor Dr. Strauch-Königsberg, geladen. Janzen ist am

21. Januar 1883 in Unter-Erdswalde geboren, hat acht Jahre bei Militär gedient und den letzten Krieg einige Zeit mitgemacht. Dem er sich das Eisenerz 2. Klasse erworben, er ist seit 1. Oktober 1916 bei der Elbinger Polizei angestellt. Ihm war die Beaufsichtigung des Sittenwesens übertragen worden. Martin am 28. Dezember 1891 in Breslau geboren, Kriegsdienst in der Automobilfabrik in Elbing beschäftigt. Beide sind verheiratet. Die Bildung des auferhebelichen Beschlusses genügt, einer dem andern zur Begehung des Verbrechens wissenschaftlich Hilfe geleistet zu haben. Dieser Angelegenheit ist bereits am 26. Juni 1917 verhandelt worden, doch kam es damals zur Vertagung, Martin wurde zur Beobachtung dem Gerichtsarzt in Königsberg überwiesen. Bei der Tat spielten Janzen seinen Freund Martin als „Kriminalergeant Schulz in Berlin“ seinem Opfer vor. Ferner befahl er dem Kollegen Schulz das Mädchen zur Wache zu führen. Die Geschworenen verneinten die Frage auf Nothwehr, bejahten aber die Mißfrage wegen der unzulässigen Handlungen in Gemeinschaft mit Gewalt. In der Nähe Umstände wurden beiden Angeklagten wegen der Schwere der Tat verurteilt. Das Urteil lautete: Janzen 6 Jahre und Martin 4 Jahre Zuchthaus.

Aus der Partei

Auskunfts-Bureau für die Feldgrauen.
Wie in den Verhandlungen des Würzburger Parteitages mitgeteilt wurde, hat die sozialdemokratische Partei Deutschlands jetzt ein besonderes Bureau für die Angelegenheiten der Kriegsteilnehmer eingerichtet. Dieses Bureau gibt Auskunft und bearbeitet das einlaufende Material für die Fraktion. Leiter des Bureaus ist Genosse Daniel Stücklen. Man wendet sich deshalb nicht erst an die Redaktion der „Volkswacht“, sondern an dieses Bureau. Die Adresse ist:
Herrn Reichstagsabgeordneten Daniel Stücklen in Berlin (Reichstag).

Erfreuliche Entwicklung des „Vorwärts“

Aus Anlaß von unwarren „unabhängigen“ Angriffen in der letzten Generalversammlung der Berliner Konsumgenossenschaft über den „Vorwärts“:

„Vor dem Redaktionswechsel ist die Auflage des „Vorwärts“ ständig gestiegen, während sie jetzt unangenehm in jedem neuen Monat in wachsendem Maße steigt. Ein solches Ansteigen war vom Kriegsausbruch bis zum Redaktionswechsel nie mehr zu beobachten. Ist erst jetzt durch die veränderte Redaktionsführung des Blattes eingetreten. Der Bontott wurde genau vor einem Jahre, im November 1916, verhängt. Jetzt, im November 1917, ist die tägliche Auflage des „Vorwärts“ fast um ein Drittel höher als im November 1916. Das ist, was wir zuversichtlich hoffen, die Steigerung in dem gleichen Maße fortsetzen wie in den letzten Monaten, so wird der „Vorwärts“ nach abermals einem Jahre doppelt soviel Leser zählen wie zur Zeit des Redaktionswechsels. Die Führer der „unabhängigen“ willenslangl., daß der Bontott vollständig mißlungen ist, sie haben nur in den Mut, es ihren Anhängern zu sagen.“

Briefkasten

Alter Abonnent Ohra. Ihre Angelegenheit haben wir dem Arbeitersekretariat, 4. Damm 7, zur Erledigung überwiesen. Wenn Sie sich dorthin. Sprechstunde ist von von 11 bis 1 Uhr.

Volkswacht
Danzig = Paradiesgasse 32

Druckarbeiten
für Vereine und Private

in moderner
Ausstattung

Trauer-

Blusen
Handschuhe
zu billigsten
Preisen

Julius
Goldstein

Lowendalgasse 4, gegenüber der Markthalle

Bekanntmachung.

Die **Zwischenscheine** für die **5% Schuldverschreibungen** der **VI. Kriegsanleihe** können vom

26. November d. Js. ab

in die endgültigen Stücke mit Zinscheinen umgetauscht werden.

Der Umtausch findet bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“, Berlin W 8, Behrenstraße 22, statt. Außerdem übernehmen sämtliche Reichsbankanstalten mit Kasseneinrichtung bis zum 15. Juli 1918 die kostenfreie Vermittlung des Umtausches. Nach diesem Zeitpunkt können die Zwischenscheine nur noch unmittelbar bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“ in Berlin umgetauscht werden.

Die Zwischenscheine sind mit Verzeichnissen, in die sie nach den Beträgen und innerhalb dieser nach der Nummernfolge geordnet einzutragen sind, während der Vormittagsdienststunden bei den genannten Stellen einzureichen; Formulare zu den Verzeichnissen sind bei allen Reichsbankanstalten erhältlich.

Firmen und Kassen haben die von ihnen eingereichten Zwischenscheine rechts oberhalb der Stücknummer mit ihrem Firmensiegel zu versehen.

Mit dem Umtausch der Zwischenscheine für die 4 1/2% **Schuldverschreibungen** der VI. Kriegsanleihe in die endgültigen Stücke mit Zinscheinen kann nicht vor dem 10. Dezember begonnen werden; eine besondere Bekanntmachung hierüber folgt Anfang Dezember.

Berlin, im November 1917.

Reichsbank-Direktorium.

Havenstein. v. Grimm.

Mit oder Nicht

Der wahre Jakob 15 Pfennig

Jugend 55 Pfennig

Simplicissimus 45 Pfennig

Buchhandlung Volkswacht Paradiesgasse 32.

Volkshilfe

Gemeinschaftlich-Genossenschaftlich-Ver sicherungsaktiengesellschaft

Günstige Tarife für Erwachsene und Kinder. Kein Polzeivertrag vorzulegen. Prospekt von der Rechnungsstelle 16 Danzig Bruno Schmidt, Mattenbuden 35

Zur Beachtung für Abonnenten

In je drei geschmackvollen Bänden erhält der Arbeiter all das, was unsere großen Dichter und Denker an Unvergänglichem und Wertvollem geschaffen haben, und diese unvergängliche Quelle geistiger Erquickung, Erhebung und Bildung sollte in keiner Arbeiterwohnung fehlen. Was früher nur dem Besitzenden zu erlangen möglich war, kann sich hier auch der Arbeiter erwerben. Und schon mit Rücksicht auf die heranwachsende Jugend sollte auf keinem Weihnachtsstisch wenigstens eines der hier aufgeführten Werke fehlen. Dem Wunsch, billige Klassiker Ausgaben für die Arbeiter zu schaffen, ist unser Parteiverlag im Einverständnis mit dem Parteivorstand nachgekommen. Arbeiter, macht hieron regen Gebrauch.

Jedes Werk kostet 6 Mk. und ist einzeln zu haben

**Goethes
Seines / Reuters
Werte**

Werte

Unterzeichner bestellt hiermit drei Bände bei

Wohnung: Name:

